STANDPUNKTE 28 / 2016

ALEJANDRO MANTILLA Q.

NOBELPREIS, ABER KEIN FRIEDEN

KOLUMBIEN NACH DEM REFERENDUM

Nach dem knappen Nein zu dem Friedensabkommen mit der FARC weiß die extreme Rechte zunächst nichts mit ihrem Sieg im Referendum anzufangen. Eine geschwächte Linke und die sozialen Bewegungen müssen versuchen, die Chancen auf gesellschaftliche Transformation, die der Friedensprozess weiterhin bietet, zu erhalten und zu nutzen.

EINE WOCHE, DIE MAN NICHT SO SCHNELL VERGESSEN WIRD

Völlig unerwartet wurde beim Referendum am 2. Oktober 2016 das zwischen der FARC-EP und der Regierung Santos geschlossene Abkommen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts von einer Mehrheit abgelehnt. Das Nein gewann mit knapp 50,2 Prozent, das heißt mit einem Vorsprung von nur etwa 50.000 Stimmen – bei insgesamt 13 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen.

Trotz des enttäuschenden Resultats bekräftigten sowohl die FARC-Guerilla als auch die Regierung, dass sie an einer politischen Lösung des bewaffneten Konflikts und am Waffenstillstand festhalten werden. Zudem bekräftigte die ELN (die zweite große Guerilla im Land) unmittelbar nach der Abstimmung ihren Wunsch, Verhandlungen mit der Regierung Santos aufzunehmen. Nichtsdestotrotz stellt der Ausgang des Plebiszits einen harten Schlag für den Friedensprozess, die Stabilität der Regierung, die politischen Aussichten der FARC und vor allem für eine Umsetzung des Abkommens dar.

Das Ergebnis des Referendums war offensichtlich auch für die Gegner des Abkommens überraschend. Sie wussten zunächst nicht, was sie mit ihrem Sieg anfangen sollten. Nachdem Präsident Santos seine Amtsvorgänger Álvaro Uribe (2002–2010) und Andrés Pastrana (1998–2002) eingeladen hatte, Teil eines politischen Bündnisses für den Frieden zu werden, konnten die beiden Ex-Präsidenten und Gegner des ausgehandelten Abkommens keine Forderungen vorlegen. Erst bei der Sitzung des Senats am Dienstag, den 4. Oktober, unterbreitete Álvaro Uribe zwei Vorschläge: Erstens soll schnell eine Amnestie für einfache FARC-Kämpfer, die nicht an schweren Menschenrechtsverbrechen beteiligt waren, erlassen werden und im Gegenzug sollen die Strafverfahren gegen die Kommandanten der Guerilla verschärft werden. Zweitens sollen angeklagte Militärs (denen in der Regel Menschenrechtsverletzungen und schwere Verstöße gegen die Genfer Konventionen vorgeworfen werden) vor Strafverfolgung geschützt werden.

Die allgemeine Sorge um die Zukunft des Friedensprozesses erreichte am Abend des 4. Oktober ihren Höhepunkt, als Präsident Santos in einer Pressekonferenz erklärte, der Waffenstillstand mit der FARC habe nur bis zum 31. Oktober Gültigkeit. Die Gemüter beruhigten sich erst einige Stunden später wieder ein wenig, als das Verteidigungsministerium klarstellte, dass der Waffenstillstand durch eine Entscheidung des Präsidenten verlängert werden könne.

Während die Gegner des Friedensabkommens am Montag und Dienstag nach dem Referendum Rückenwind verspürten, schien der Wind am Mittwoch, den 5. Oktober, wieder zu drehen, als es im ganz Land zu Großdemonstrationen für den Friedensprozess kam und sich spontan Bürgerversammlungen auf der Straße bildeten, um über die Zukunft Kolumbiens zu debattieren. Am Donnerstag, den 6. Oktober, gestand dann der Wahlkampfleiter der Nein-Kampagne, der rechte Ex-Senator Juan Carlos Vélez, ein, dass die PR-Kampagne der Abkommensgegner darauf abgezielt habe, das Abkommen falsch darzustellen und die Wählerschaft zu manipulieren. Außerdem nannte Juan Carlos Vélez die Namen verschiedener Firmen, die die Nein-Kampagne verdeckt finanziert hatten.

Die Erklärungen des rechten Politikers lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Das Abstimmungsergebnis vom Sonntag verlor an Legitimität, weil Vélez' Aussagen als Eingeständnis illegaler Wahlmanipulationen interpretiert werden können und weil die Staatsanwaltschaft in der Folge Ermittlungen einleitete. Vélez' eigene Partei, das Demokratische Zentrum (Centro Democrático), dementierte die Aussagen des Ex-Senators und schloss den Politiker aus der Organisation aus.

Die Situation änderte sich am 7. Oktober ein weiteres Mal, als Juan Manuel Santos den Friedensnobelpreis erhielt. Obwohl der Präsident sehr unpopulär ist, hat die Entscheidung

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

den Friedensprozess doch gestärkt und lässt die ultrarechte Opposition international schlecht aussehen. Unterstützt wurde dieser Effekt auch dadurch, dass die ELN-Guerilla zwei von ihr festgehaltene Personen freiließ, um ihre Friedensbereitschaft unter Beweis zu stellen. Damit ist ein wichtiges Hindernis für die seit Monaten blockierten Gespräche mit der Regierung aus dem Weg geräumt.[1]

Zusammenfassend könnte man also sagen, dass die Woche mit der Ablehnung des Friedensabkommens, der politischen Schwächung des Präsidenten und einem schweren Schlag für die FARC begann. Doch in ihrem weiteren Verlauf scheint die Verhandlungsoption, diesmal unter Einschluss der ELN, gestärkt worden zu sein. Die politische Debatte hat sich verlagert, der Ausgang ist allerdings nach wie vor offen.

MÖGLICHE SZENARIEN NACH DEM PLEBISZIT

Dass im Moment so große Unsicherheit herrscht, hat auch damit zu tun, dass FARC und Regierung zwar ihren Friedenswillen bekundet haben, aber durch das «Nein» im Referendum und ein Urteil des Verfassungsgerichts der Mechanismus blockiert ist, mit dem das Abkommen Rechtsgültigkeit erlangen sollte. Im Moment ist völlig unklar, wie die Umsetzung des Abkommens stattdessen erfolgen könnte.

Das Referendum hat sich als schwerwiegender Fehler der Verhandlungsführer aufseiten der Regierung erwiesen. Bei anderen Friedensprozessen mit kolumbianischen Guerillas (u. a. mit der M-19, der Indigenen-Miliz Movimiento Armado Quintín Lame, dem Partido Revolutionario de los Trabajadores, der Mehrheitsfraktion des Ejército Popular de Liberación und der Corriente Renovación Socialista)[2] hatte es keine Referenden gegeben. Die Regierung Santos verfolgte mit der Abstimmung zwei Ziele: Sie wollte dem Abkommen Legitimation verleihen, um der Kritik der rechtsextremen Opposition effizienter begegnen zu können. Gleichzeitig sollte das Referendum aber auch die von der FARC zu Beginn des Friedensprozesses erhobene Forderung nach einem verfassunggebenden Prozess unterlaufen. Die Regierung zog nicht in Betracht, dass ein Referendum das Friedensabkommen und eine Verhandlungslösung gefährden könnte. Das Abstimmungsergebnis spricht nun allerdings für sich.

Trotzdem glaube ich, dass die Abkommen eine Art von Bestätigung brauchen, weil die FARC und die ELN – anders als die Guerillas, die mit früheren Regierungen verhandelt haben – über eine größere territoriale Basis, mehr militärische Fähigkeiten und bessere Möglichkeiten, politischen Einfluss auszuüben, verfügen. Sie streben Abkommen an, die zumindest ein Stück weit die gesellschaftlichen Institutionen verändern. Daher erklärt sich die Notwendigkeit einer Bestätigung, aber das Plebiszit war nicht der beste Mechanismus dafür.

In Anbetracht des Rückschlags ist bislang nicht klar, wie die Road Map modifiziert werden könnte. Die Tatsache, dass die Verhandlungsführer der Regierung keinen Plan B haben, hat Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Die einzige Aktivität bisher war, dass sich Präsident Santos mit den Wortführern der Nein-Kampagne, seinen Amtsvorgängern Uribe und Pastrana, traf. Es ist zwar auch vorgeschlagen worden, Drei-Parteien-Gespräche zwischen FARC, Regierung und der extremen Rechten zu organisieren, doch laut kolumbianischem Recht ist nur die Regierung autorisiert, mit der Guerilla zu verhandeln.

Konflikte sind auch deshalb zu erwarten, weil die von Uribe angeführte extreme Rechte versucht, zentrale Punkte des Abkommens zu Fall zu bringen – vor allem jene Punkte, die mit der Strafverfolgung und der politischen Partizipation der Guerilla zusammenhängen. Die FARC hingegen wird das von ihrem Kommandanten und Santos unterzeichnete Abkommen verteidigen.

In diesem Zusammenhang wichtig ist das Urteil des Verfassungsgerichts, das bestimmt, dass das Abkommen im Falle einer Niederlage im Referendum nicht umgesetzt werden und der Präsident nur ein anderes Abkommen erneut zur Wahl stellen darf. Darin besteht ein schwerwiegendes Problem. Während die FARC und die Massendemonstrationen in der Woche nach dem Referendum darin übereinstimmen, dass man am Abkommen in seiner jetzigen Form festhalten muss, scheint genau dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich zu sein.

Eine von verschiedenen Beobachtern vorgeschlagene Alternative könnte die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung sein, wie sie von der FARC, der extremen Rechten um Álvaro Uribe und Teilen der Linken gefordert wird. Dieses Vorhaben birgt jedoch große Gefahren für die Freiheits- und Bürgerrechte, denn nach dem Sieg der konservativsten gesellschaftlichen Gruppen beim Referendum ist zu befürchten, dass es auch in einer Verfassunggebenden Versammlung zu einem reaktionären Rollback kommen könnte. Dann würden die Errungenschaften der Frauenbewegung, der LGBTI-Community, der indigenen Völker und der Verteidiger von Umwelt- und kollektiven Landrechten zur Disposition stehen. Nach der Entwicklung der letzten Tage[3] ist diese Option allerdings auch nicht besonders wahrscheinlich.

Ohne Zweifel ist es das Beste, den Geist des Abkommens zu verteidigen und seinen Wortlaut so zu überarbeiten, dass die Blockade, die durch das Referendum entstanden ist, aufgelöst werden kann.

Trotz des Rückschlags im Referendum: Das Scheitern dieser Methode bestätigt, wie richtig es war, einen Friedensprozess einzufordern, der offen ist für die Beteiligung verschiedener sozialer Gruppen. Die Idee eines «Gesellschaftlichen Runden Tisches für den Frieden» (Mesa Social para la Paz), eines nationalen Dialogs aller gesellschaftlichen Kräfte und einer Demokratisierung des Friedensprozesses erscheint heute wichtiger denn je.

Kurioserweise hat die ELN stets eine derartige Öffnung der Verhandlungen gegenüber der Gesellschaft gefordert. Dass der Friedensprozess mit der ELN jahrelang nicht von der Stelle kam, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Regierung Santos einen solchen *gesellschaftlichen* Verhandlungsprozess ablehnte.

Nach dem Scheitern des Plebiszits könnten sich die Bedingungen allerdings verändern.

DIE POLITISCHEN KRÄFTE

Die Regierung Santos wurde durch das Abstimmungsergebnis geschwächt, ihr politisches Kapital scheint erschöpft. Obwohl der Nobelpreis dem Präsidenten Luft verschafft hat, ist seine Lage schwierig. Soziale Bewegungen und die politische Linke halten an ihrer Ablehnung der neoliberalen Wirtschaftspolitik fest. Die von Álvaro Uribe und dem Ex-Procurador[4] Ordóñez angeführte fundamentalistische Rechte hingegen widersetzt sich dem Friedensprozess und der von ihnen so genannten Gender-Ideologie.[5] Santos versuchte diesen doppelten Angriff bisher dadurch abzuwehren, dass er bürokratische Posten verteilte. Doch damit

konnte er nicht alle Parteien der Regierungskoalition zufriedenstellen.

Trotz des Nobelpreises ist die Situation für Santos jetzt noch schwieriger, weil seine Regierung verschiedene unpopuläre Maßnahmen durchsetzen will, darunter eine Steuerreform, die die unteren Schichten und Lohnabhängigen trifft und die großen Investoren begünstigt.

In dieser Lage wächst die Macht der Rechten, die politische Landschaft wird autoritärer. Jene Kräfte, die sich dem Friedensprozess offen widersetzt haben (Uribes «Demokratisches Zentrum» und die dem Ex-Procurador nahestehenden Teile der Konservativen Partei) oder die den Prozess kritisierten, aber über die Vergabe bürokratischer Posten weiter an der Santos-Regierung beteiligt waren (wie Vizepräsident Vargas Lleras oder der ehemalige Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón), haben an Macht gewonnen. Das schlimmste Szenario ist die Rückkehr zu jenem Konsens innerhalb der herrschenden Klassen, der eine Allianz der Rechten und die Regierungen Uribes von 2002 bis 2010 möglich machte.

Der große Verlierer des Wahltags ist die Liberale Partei, im Besonderen Ex-Präsident César Gaviria und der langjährige Minister Humberto de la Calle. Gaviria ist verantwortlich für die schlecht geplante und allzu siegessichere Regierungskampagne. De la Calle galt bis vor wenigen Tagen als möglicher Präsidentschaftskandidat, erhielt an den Wahlurnen jedoch kein Mandat für eine Verhandlungsführung.

Aber auch die Linke geht aus den letzten Wochen geschwächt hervor. Erstens, weil die politische Lösung des Konflikts eine Forderung fast aller Organisationen des linken Spektrums ist. Zweitens, weil die Linke in dem zwischen Santos und Uribe polarisierten Referendumswahlkampf unsichtbar blieb. Drittens aber auch, weil die FARC auf kurze Sicht offenbar schlechte Wahlaussichten besitzt. Das erklärt auch, warum sie in einem Kommuniqué erklärte, dass «die Herausforderungen für uns als politische Bewegung noch größer geworden sind und wir stärker werden müssen, um einen stabilen und dauerhaften Frieden aufbauen zu können».

Am beunruhigendsten für die Linke ist allerdings die Tatsache, dass es insgesamt wenig Bereitschaft für einen grundlegenden Wandel zu geben scheint. Eine Verhandlungslösung impliziert einen Bruch mit der bestehenden politischen Situation und stellt ein Wagnis dar. Wenn Kolumbien den bewaffneten Konflikt überwinden will, muss der Staat die politische Partizipation der Guerilla und eine größere soziale Teilhabe, zumindest in Agrarfragen, ermöglichen. Es ist beunruhigend, dass die Bevölkerung nicht einmal ein Abkommen akzeptiert hat, das verglichen mit den strategischen Zielen der Linken sehr bescheiden ausfällt.

Der große Gewinner des Referendums ist hingegen eine Politik der Unverantwortlichkeit. Wie auch in anderen Teilen der Welt setzte die Rechte im Wahlkampf auf Manipulation, Egoismus und Angst. Die Abstimmung wurde durch eine Stimmungsmache in den sozialen Netzwerken entschieden, bei der die Inhalte des Abkommens verfälscht, antikommunistische, homophobe und demokratiefeindliche Ressentiments verbreitet und eine Art Rachejustiz propagiert wurden. Mit Techniken der Manipulation gelingt es der Rechten, die in Zeiten der Unsicherheit verbreitete Unzufriedenheit zu kanalisieren. Sie präsentiert Scheinlösungen und verhindert so, dass sich die Bevölkerung mit den wirklichen sozialen und ökonomischen Problemen auseinandersetzt.

DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN UND DAS ABKOMMEN

Trotz der sich überschlagenden Ereignisse der vergangenen Wochen sind manche Analysen nach wie vor gültig. Vor allem, weil das Abkommen zwischen FARC und Regierung die Koordinaten des langfristigen Konflikts um die Frage, was ein Friedensprozess eigentlich bedeutet, nicht verändert hat.

In diesem Zusammenhang gibt es drängende Herausforderungen: Die Gespräche zwischen ELN und Regierung müssen weitergeführt und Instrumente gefunden werden, um politisch mit der EPL[6] umzugehen. Außerdem muss eine Debatte über die zur Beendigung des Krieges notwendigen Reformen (im Sinne des bereits erwähnten «Gesellschaftlichen Runden Tisches für den Frieden») in Gang kommen.

Mittel- und langfristig besteht die Herausforderung in der Umsetzung und Realisierung der Verträge. Dafür müssen zunächst die Hindernisse überwunden werden, die das Referendum geschaffen hat. Dies wird nur mithilfe einer gesellschaftlichen Mobilisierung möglich sein.

Man darf allerdings nicht aus den Augen verlieren, dass der eigentliche Konflikt darin besteht, welches Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsmodell von den unterschiedlichen politischen Strömungen (und sozialen Klassen) verfolgt wird. Diese Diskussion geht über das Friedensabkommen mit der FARC hinaus; nicht zuletzt auch deshalb, weil die Regierung es für die Verhandlungen zur Bedingung gemacht hat, mit der Guerilla nicht über das Wirtschaftsmodell zu verhandeln.

Selbst wenn das Abkommen zwischen FARC und Regierung Bestand haben sollte, werden die sozialen Bewegungen darauf hinarbeiten, die Gesellschaft weit über das im Abkommen vereinbarte hinaus zu verändern. Die führenden politischen Gruppen hingegen werden versuchen, das bestehende politische und ökonomische Modell zu verteidigen und auszubauen.

Wenn von Frieden die Rede ist, gerät oft aus dem Blick, dass unterschiedliche Dinge damit gemeint sind. Einerseits gibt es eine *minimalistische* Interpretation, wonach es bei einem Friedensschluss nur darum geht, die Transformation der Guerilla in legale politische Parteien zu ermöglichen. In diesem Sinne besteht die Herausforderung darin, politische Institutionen zu schaffen, die eine politische Partizipation der Aufständischen erlauben.

Zweitens gibt es eine *instrumentelle* Interpretation, wie sie vor allem von Unternehmern und der Regierung verteidigt wird. Hier wird Frieden als Möglichkeit verstanden, Investitionsbedingungen zu verbessern und ein höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen. Im Entwicklungsplan der Regierung für den Zeitraum 2014 bis 2018 heißt es beispielsweise: «Gewalt und Unsicherheit wirken sich nicht nur unmittelbar auf die Lebensqualität aus, sondern stellen ein Hindernis für Investitionen dar und beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum.» Es ist kein Zufall, dass aus dem Regierungslager oft zu hören ist, der Friedensschluss werde eine Ausweitung der Rohstoffausbeutung erlauben. Der Präsident des halbstaatlichen Ölkonzerns Ecopetrol Juan Carlos Echeverry beispielsweise hat unlängst angekündigt: «Der Frieden wird es uns ermöglichen, mehr Öl aus den Konfliktgebieten herauszuholen.»

Man kann Frieden jedoch auch *transformatorisch* interpretieren. Dieses Konzept beruht auf der These, dass es zur Beendigung des bewaffneten Konflikts nötig sein wird, gesellschaftliche Forderungen im Friedensprozess aufzugreifen und Foren zu schaffen, in denen soziale Organisationen

ihre Anliegen selbst vertreten können. Die Forderungen der Volksbewegungen jedoch laufen häufig auf grundlegende Veränderungen des politischen und ökonomischen Modells hinaus.

In einem Klima wachsender sozialer Proteste stellen die Forderungen der sozialen Bewegungen die transformatorische Dimension des Friedens dar – und sie stehen in offenem Widerspruch zum Unternehmerfrieden. An der Region Caquetá lässt sich der Widerspruch exemplarisch erörtern: Während sich Ecopetrol dort die Ausweitung der Ölförderung erhofft, protestiert die lokale Bevölkerung gegen den Angriff auf ihr Territorium. Es ist kein Zufall, dass die Nationale Behörde für fossile Brennstoffe angekündigt hat, dass die Ölförderung in Zukunft in den Departamentos Caquetá und Putumayo ihren Schwerpunkt haben wird – zwei Regionen, in denen die FARC historisch sehr stark war.

DAS ABKOMMEN UND DER STAAT DER UNTERNEHMEN

Aus den unterschiedlichen Interpretationen des Friedens erklären sich auch die Konflikte, die die Debatten um eine Verhandlungslösung beherrschen. Die Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Gesprächen mit der ELN etwa sind ebenso Ausdruck dieser Differenzen wie die unterschiedlichen Szenarien bei der Umsetzung des Abkommens mit der FARC.

Die Vereinbarungen zwischen Regierung und FARC weisen insofern eine große Leerstelle auf, als dort keine einzige Aussage über das Bergbau- und Energiemodell enthalten ist, obwohl das der wichtigste Grund für Landkonflikte und soziale Proteste in Kolumbien ist. Auch wenn dieses Thema eine zentrale Rolle bei den Gesprächen mit der ELN spielen soll, stellt die extraktivistische Politik[7] doch ein grundlegendes Hindernis für einen dauerhaften Frieden in den Regionen dar.

Die Umsetzung des Abkommens zwischen Regierung und FARC wird aufgrund der unterschiedlichen Begriffsinterpretationen und wegen der dahinterstehenden sich widersprechenden Interessen und Entwicklungsprojekte ebenfalls noch erhebliche Konflikte verursachen. Im Zusammenhang mit dem Punkt 1.1.5 des Abkommens, der eine «groß angelegte Regularisierung des kleinen und mittleren Bauerneigentums vorsieht», werden die Kleinbauern vor allem versuchen, Rechtssicherheit für ihren Landbesitz zu erlangen. Der Regierung und den Agrarkonzernen hingegen wird es in erster Linie um die einheitliche Erfassung und Vergabe von Eigentumstiteln gehen, wodurch die Transaktionskosten für Großinvestitionen gesenkt werden. Ähnliches gilt auch für die «Regionalen Entwicklungsprogramme» (Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial) und die Pläne einer «Integralen Landreform» (Reforma Rural Integral), die – je nach Auslegung – die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen verbessern oder auch einfach nur die Investitionsbedingungen für Agrarunternehmen erleichtern können.

Ein weiterer zentraler Widerspruch: Während das Abkommen darauf abzielt, politische Garantien innerhalb einer liberalen Demokratie zu gewährleisten, sollen die politischen Reformen, wie sie die Regierung Santos vorantreibt, jene Partizipationsmechanismen beschneiden, die ein Hindernis für die Rohstoffausbeutung darstellen. Dazu kommt, dass der Extraktivismus in vielen Regionen zuletzt wieder mithilfe von Gewalt gegen soziale Bewegungen, Indigene, Afros und Kleinbauern vorangetrieben wurde.

In der Region Macarena, in Caño Cristales, Ibagué oder im Norden des Departamentos Caquetá haben sich lokale Amtsträger den Protesten gegen die Politik des Zentralstaats angeschlossen. Viele Bürgermeister und Gemeinderäte, die vor Ort Volksabstimmungen gegen Bergbau- und Erdölprojekte organisieren, befinden sich in offenem Konflikt mit der Regierung. Wir erleben also einen Widerspruch zwischen der politischen Öffnung, wie sie das Abkommen zwischen FARC und Regierung verspricht, und der Herausbildung eines neuen Unternehmerstaats, der die lokale Selbstverwaltung weiter beschneiden will. Das drückt sich auch darin aus, dass die Regierung der Opposition zwar Schutz verspricht, aber die Anschläge auf lokale Aktivistinnen und Aktivisten im Zusammenhang mit Landkonflikten zunehmen.

Die Kämpfe der Zukunft werden die vom Abkommen eröffneten Räume nur nutzen können, wenn sie die vom Referendum geschaffenen Hindernisse aus dem Weg räumen. Die wichtigste Anstrengung wird dann darin bestehen, die Staatsform zu modifizieren, während man parallel darum kämpft, die Vertreibung zu stoppen, das Territorium zu verteidigen und das Wirtschaftsmodell zu verändern, das heute die Demokratie blockiert.

Alejandro Mantilla Q. arbeitet für das Bildungs- und Forschungszentrums CEDINS, eine Partnerorganisation der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kolumbien.

1 Tatsächlich gaben ELN und Santos-Regierung am 11. Oktober die Aufnahme formaler Friedensverhandlungen Ende des Monats in Ecuador bekannt. (Anm. d. Übs.) **2** Die genannten bewaffneten Gruppen gehörten – wie FARC und ELN – ursprünglich zur Guerillakoordination Simón Bolívar und wurden in den 1990er Jahren demobilisiert. (Anm. d. Übs.) **3** Unmittelbar nach dem Referendum hat sich Präsident Uribe von der Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung wieder distanziert. (Anm. d. Übs.) **4** Die Figur des «Procurador General» hat im deutschen Recht keine unmittelbare Entsprechung. Es handelt sich um eine Art Generalstaatsanwalt für Disziplinarverfahren gegen politische Funktionsträger. (Anm. d. Übs.) **5** Die Nein-Kampagne hatte unterem gegen Formulierungen im Abkommen zur Inklusion von Personen verschiedener sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität polemisiert. (Anm. d. Übs.) **6** Das maoistische Volksbefreiungsheer EPL (Ejército Popular de Liberación) entstand Mitte der 1960er und besaß zeitweise große Bedeutung v.a. in Nordkolumbien. Nach der Demobilisierung der EPL-Mehrheit Anfang der 1990er Jahre ist heute nur noch eine kleine Gruppe an der Grenze zu Venezuela aktiv. Der politische Charakter der EPL heute ist umstritten. Die Regierung wirft der Organisation enge Verbindungen zum Drogenhandel vor. (Anm. d. Übs.) **7** Als «Extraktivismus» wird das auf Ausbeutung natürlicher Rohstoffe beruhende Wirtschaftsmodell bezeichnet. (Anm. d. Übs.)

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 28/2016
wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2016
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling